

Satzung über die Aufgaben und die Benutzung des Gemeindearchivs Schwarzenbruck

Die Gemeinde Schwarzenbruck erlässt aufgrund der Art. 23 und 24 Abs. 1. Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, BayRS 2020-1-1-I) in Verbindung mit Art. 13 Bayerisches Archivgesetz folgende Satzung:

Abschnitt I – Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Archivierung und Benutzung von Unterlagen im Gemeindearchiv Schwarzenbruck.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Archivgut sind alle archivwürdigen Unterlagen einschließlich der Hilfsmittel zu Ihrer Nutzung, die bei der Gemeinde Schwarzenbruck und bei sonstigen öffentlichen Stellen oder bei natürlichen oder juristischen Personen des Privatrechts erwachsen sind.

Unterlagen in diesem Sinne sind vor allem Akten, Amtsbücher, Urkunden und andere Einzelschriftstücke, Karten, Pläne, Bild-, Film- und Tondokumente, Dateien und alle anderen Informationsobjekte, auch digitale Aufzeichnungen, unabhängig von ihrer Speicherungsform.

Dazu zählen auch alle ergänzenden Daten, die für die Erhaltung, das Verständnis und die Nutzung dieser Unterlagen notwendig sind.

- (2) Archivwürdig sind Unterlagen, die für die Forschung, die historisch-politische Bildungsarbeit, zur Sicherung berechtigter Belange Betroffener oder Dritter oder für Zwecke der Gesetzgebung, Rechtsprechung oder Verwaltung von bleibendem Wert sind.

Die Archivwürdigkeit von Unterlagen, die nicht auf Grund von Rechtsvorschriften oder von Verwaltungsvorschriften dauernd aufzubewahren sind, wird durch das Gemeindearchiv im Rahmen eines Bewertungsvorgangs unter Zugrundelegung archivfachlicher Kriterien festgestellt.

- (3) Archivierung umfasst die Aufgabe, das Archivgut zu erfassen, zu bewerten, zu übernehmen, auf Dauer zu verwahren und zu sichern, zu erhalten, zu erschließen, zu ergänzen, nutzbar zu machen, auszuwerten und deren Integrität und Authentizität sicherzustellen.

Abschnitt II – Aufgaben

§ 3

Aufgaben des Gemeindearchivs

- (1) Die Gemeinde Schwarzenbruck unterhält ein Archiv als öffentliche Einrichtung.

Das Gemeindearchiv ist die gemeindliche Fachdienststelle für alle Fragen des gemeindlichen Archivwesens und der Geschichte der Gemeinde Schwarzenbruck.

- (2) Das Gemeindearchiv hat die Aufgabe, das Archivgut aller gemeindlichen Dienststellen, inklusive Bauhof und Wasserwerk, und der sonstigen gemeindlichen Einrichtungen (Kindertagesstätte Lindelburg, Gemeindebücherei, Jugendraum) zu archivieren.

Diese Aufgabe erstreckt sich auch auf das Archivgut der Rechtsvorgänger der Gemeinde Schwarzenbruck und der Funktionsträger der in Satz 1 genannten Stellen.

Rechtsvorgänger sind eingemeindete Ortsteile, historische „Eigentümer“ des Ortes, etc.

- (3) Das Gemeindearchiv sammelt auch für die Geschichte und Gegenwart der Gemeinde Schwarzenbruck bedeutende Dokumentationsunterlagen.
- (4) Das Gemeindearchiv kann aufgrund von Vereinbarungen oder letztwilligen Verfügungen auch privates Archivgut archivieren.

Für dieses Archivgut gilt diese Satzung mit der Maßgabe, dass besondere Vereinbarungen mit den Eigentümern oder besondere Festlegungen in den letztwilligen Verfügungen unberührt bleiben.

Soweit dem Betroffenen Schutzrechte gegenüber der bisher speichernden Stelle zustehen, richten sich diese nunmehr auch gegen das Gemeindearchiv.

- (5) Das Gemeindearchiv berät im Rahmen der Schriftgutverwaltung die gemeindliche Verwaltung und deren Dienststellen bei der Verwaltung und Sicherung ihrer analogen und elektronischen Unterlagen.

Diese Stellen beteiligen das Gemeindearchiv bei der Einführung und Änderung technischer Systeme zur Erstellung und Speicherung elektronischer Unterlagen.

- (6) Das Gemeindearchiv kann außerdem nicht gemeindliche Archiveigentümer bei der Sicherung und Nutzbarmachung ihres Archivguts beraten und unterstützen, soweit daran ein gemeindliches Interesse besteht.
- (7) Das Gemeindearchiv fördert die Erforschung der Geschichte der Gemeinde Schwarzenbruck und der Ortsteile.

§ 4

Anbietung und Übernahme von Unterlagen

- (1) Alle unter § 3 Absatz 2 dieser Satzung genannten Stellen haben dem Gemeindearchiv die Unterlagen zur Übernahme anzubieten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigen.

Unabhängig davon sind alle Unterlagen jedoch spätestens 30 Jahre nach ihrer Entstehung dem Gemeindearchiv anzubieten.

Sofern längere Aufbewahrungsfristen vorgesehen oder erforderlich sind, sind zwischen der abgebenden Stelle und dem Gemeindearchiv Anbietung und Übernahme einvernehmlich zu regeln.

- (2) Das Gemeindearchiv übernimmt die von ihm als archivwürdig bestimmten Unterlagen.
- (3) Die Anbietung von Unterlagen, die aufgrund anderer Rechtsvorschriften einem erhöhten Schutzbedarf unterliegen, richtet sich nach dem Bayerischen Archivgesetz und dem Bayerischen Datenschutzgesetz in ihren jeweils gültigen Fassungen.
- (4) Die näheren Einzelheiten der Aussonderung und der Übernahme regelt eine Dienstanweisung.

§ 5 **Auftragsarchivierung**

- (1) Das Gemeindearchiv kann auch Unterlagen übernehmen, deren besondere Aufbewahrungsfristen noch nicht abgelaufen sind und bei denen das Verfügungsrecht den abgebenden Stellen vorbehalten bleibt (Auftragsarchivierung).
- (2) Für diese Unterlagen gelten die bisher für sie maßgebenden Rechtsvorschriften fort.
- (3) Die Verantwortung des Gemeindearchivs beschränkt sich auf die in § 6 Abs. 2 Satz 1 bestimmten Maßnahmen.
- (4) Die Bewertung der im Rahmen der Auftragsarchivierung im Gemeindearchiv vorhandenen Unterlagen durch das Gemeindearchiv ist zulässig.

§ 6 **Verwaltung und Sicherung des Archivgutes**

- (1) Archivgut ist unveräußerlich.
- (2) Das Gemeindearchiv hat die ordnungs- und sachgemäße dauernde Aufbewahrung und Benutzbarkeit des Archivgutes und seinen Schutz vor unbefugter Benutzung oder Vernichtung durch geeignete technische, personelle und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.
- (3) Das Gemeindearchiv hat das Verfügungsrecht über das Archivgut und ist befugt, das Archivgut nach archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen, durch Findmittel zu erschließen sowie Unterlagen, deren Archivwürdigkeit nach archivfachlichen Gesichtspunkten nicht mehr gegeben ist, zu vernichten.
- (4) Die Verknüpfung personenbezogener Daten durch das Archiv ist nur zulässig, wenn schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter nicht beeinträchtigt werden.

§ 7 **Benutzung des Gemeindearchivs, Benutzungsgenehmigung**

- (1) Das im Gemeindearchiv verwahrte Archivgut steht nach Maßgabe dieser Satzung jedem zur Verfügung, soweit andere Rechtsvorschriften oder Schutzfristen nicht entgegenstehen.
- (2) Die Benutzung ist beim Gemeindearchiv in Textform zu beantragen.

Bei schriftlichen oder mündlichen Anfragen kann das Gemeindearchiv auf einen schriftlichen Benutzungsantrag verzichten.

Die Benutzungsgenehmigung erteilt das Gemeindearchiv.

- (3) Die Benutzung erfolgt durch die Einsichtnahme in Findmittel, Archivgut und Reproduktionen in den dafür vorgesehenen Räumen des Gemeindearchivs.
- (4) Das Gemeindearchiv erlässt eine Benutzungsordnung zur Regelung der näheren Einzelheiten der Benutzung des Gemeindearchivs sowie eine Leseplatzordnung.

§ 8

Einschränkung und Versagung der Benutzung

- (1) Die Benutzungsgenehmigung des Gemeindearchivs ist einzuschränken oder zu versagen, soweit
 - a) Grund zur Annahme besteht, dass Interessen der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder gefährdet werden würden,
 - b) Grund zur Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter entgegenstehen,
 - c) Gründe des Geheimnisschutzes es erfordern,
 - d) der Erhaltungszustand des Archivgutes eine Nutzung nicht zulässt,
 - e) ein nicht vertretbarer Verwaltungsaufwand entstehen würde oder
 - f) Vereinbarungen mit derzeitigen oder früheren Eigentümern entgegenstehen.
- (2) Die Benutzungsgenehmigung des Gemeindearchivs kann auch aus anderen Gründen eingeschränkt oder versagt werden, insbesondere wenn
 - a) die Interessen der Gemeinde Schwarzenbruck verletzt werden könnten,
 - b) die benutzende Person wiederholt und schwerwiegend gegen die Archivalsatzung, die Benutzungsordnung oder die Leseplatzordnung verstoßen hat oder ihr erteilte Nebenbestimmungen nicht eingehalten hat,
 - c) der Erhaltungszustand oder der Ordnungszustand des Archivguts eine Nutzung nicht zulässt,

- d) Archivgut aus dienstlichen Gründen oder wegen gleichzeitig anderweitiger Benutzung nicht verfügbar ist,
 - e) Die personellen oder sachlichen Kapazitäten des Gemeindearchivs eine Nutzung vorübergehend nicht zulassen,
 - f) der Benutzungszweck anderweitig, insbesondere durch Einsichtnahme in Druckwerke oder in analoge oder digitale Reproduktionen, hinlänglich erreicht werden kann.
- (3) Die Benutzungsgenehmigung kann widerrufen oder zurückgenommen werden, insbesondere wenn
- a) Angaben im Benutzungsantrag nicht oder nicht mehr zutreffen,
 - b) nachträgliche Gründe bekannt werden, die zu einer Versagung der Benutzung geführt hätten,
 - c) die benutzende Person wiederholt oder schwerwiegend gegen diese Satzung, die Benutzungsordnung oder die Leseplatzordnung verstößt oder ihr erteilte Nebenbestimmungen nicht einhält oder
 - d) der Benutzer Urheber- und Persönlichkeitsrechte sowie schutzwürdige Belange Dritter nicht beachtet.
- (4) Die Benutzung kann auch auf Teile von Archivgut, auf anonymisierte Reproduktionen, auf die Erteilung von Auskünften oder auf besondere Zwecke, wie quantifizierende medizinische Forschung oder statistische Auswertung beschränkt bleiben.

§ 9 Schutzfristen

- (1) Soweit durch Rechtsvorschriften oder nach Maßgabe des Absatzes 2 nichts anderes bestimmt ist, ist die Benutzung des Archivguts mit Ablauf des 10. Jahres nach seiner endgültigen Entstehung zulässig.

Diese Schutzfrist gilt nicht für Archivgut, das bei seiner Entstehung zur Veröffentlichung bestimmt war.

- (2) Für Archivgut, das sich auf eine oder mehrere natürliche Personen bezieht (personenbezogenes Archivgut) gelten die Schutzfristen des Bayerischen Archivgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

Gleiches gilt für Unterlagen, die einem besonderen gesetzlichen Geheimnisschutz oder sonstigen Geheimhaltungsvorschriften unterliegen.

- (3) Mit Zustimmung des 1. Bürgermeisters oder nach dementsprechender Delegation durch den 1. Bürgermeister mit Zustimmung des zuständigen Fachbereichsleiters können die Schutzfristen im einzelnen Benutzungsfall oder für bestimmte Archivgutgruppen verkürzt werden, wenn durch Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter entgegenstehen.
- (4) Bei personenbezogenem Archivgut ist eine Verkürzung nur zulässig, wenn der Betroffene eingewilligt hat oder wenn die Benutzung zur Erreichung des beabsichtigten wissenschaftlichen Zwecks, zur Behebung einer bestehenden Beweisnot oder aus sonstigen im überwiegenden Interesse der abgebenden Stelle oder eines Dritten liegenden Gründen unerlässlich und sichergestellt ist, dass schutzwürdige Belange der Betroffenen oder Dritter nicht beeinträchtigt werden.
- (5) Die Schutzfristen können vom Gemeindearchiv mit Zustimmung des 1. Bürgermeisters um höchstens 30 Jahre verlängert werden, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt.
- (6) Der Antrag auf Verkürzung von Schutzfristen ist schriftlich oder in Textform beim Gemeindearchiv zu stellen.
- (7) Bei personenbezogenem Archivgut nach Abs. 2 Satz 2 hat der Benutzer die Einwilligung des Betroffenen beizubringen oder nachzuweisen, dass die Benutzung zur Erreichung des beabsichtigten wissenschaftlichen Zwecks, zur Behebung einer bestehenden Beweisnot oder aus sonstigen im überwiegenden Interesse der abgebenden Stelle oder eines Dritten liegenden Gründen unerlässlich ist.
- (8) Die in Absatz 1 festgelegten Schutzfristen gelten auch bei der Nutzung durch öffentliche Stellen.
- (9) Für die abgebenden Stellen bzw. ihre Funktions- und Rechtsnachfolger gelten die Schutzfristen nur für die Unterlagen, bei denen die Abgabe eine aufgrund Rechtsvorschrift gebotene Sperrung, Löschung oder Vernichtung ersetzt hat.
- (10) Findhilfsmittel, die selbst nach vorstehendem Abs. 1 Satz 1 der allgemeinen Schutzfrist unterliegen, können benutzenden Personen nach Ermessen des Gemeindearchivs ohne einen besonderen Antrag vorgelegt werden, wenn die Einsichtnahme für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben notwendig ist.
- (11) Findhilfsmittel, die nach vorstehendem Absatz 1 Satz 3 und 4 der Archivsatzung der Gemeinde Schwarzenbruck den Schutzfristen für personenbezogene Daten oder Geheimhaltungsvorschriften unterliegen, können benutzenden Personen nur auf besonderen Antrag vorgelegt

werden, wenn die Einsichtnahme für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben notwendig ist.

- (12) Um die schutzwürdigen Interessen Betroffener Dritter angemessen zu berücksichtigen, müssen die benutzenden Personen die aus den Findhilfsmitteln erhobenen Einzelangaben zu natürlichen Personen anonymisieren, sobald es nach dem Zweck der Benutzung möglich ist.

§ 10 Reproduktionen

- (1) Die Anfertigung von Reproduktionen kann nur nach Maßgabe der in §§ 7 bis 9 dieser Satzung sowie der Benutzungsordnung erfolgen.
- (2) Reproduktionen können auf Antrag und Kosten der benutzenden Person vom Gemeindearchiv oder einer von ihr beauftragten Stelle angefertigt werden.
- (3) Über das Reproduktionsverfahren, die Zielformate, die zu verwendenden Datenträger und den Versendungsweg entscheidet das Gemeindearchiv.
- (4) Es besteht kein Anspruch auf Reproduktionen.
- (5) Das Gemeindearchiv kann der benutzenden Person auf Antrag eine Genehmigung erteilen, die Reproduktionen in den Räumen des Gemeindearchivs selbst herzustellen.

§ 11 Schutzrechte

Die Schutzrechte betroffener Personen richten sich nach dem Bayerischen Archivgesetz und dem Bayerischen Datenschutzgesetz in ihren jeweils gültigen Fassungen.

§ 12 Gebühren und Kosten

- (1) Gebühren werden nach der Gebührensatzung zur Satzung über die Aufgaben und die Benutzung des Gemeindearchivs der Gemeinde Schwarzenbruck erhoben.
- (2) Kosten für Amtshandlungen werden nach der Kostensatzung der Gemeinde Schwarzenbruck festgesetzt.

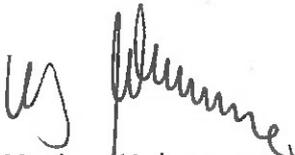
§ 13
Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Unterzeichnung unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen unberührt.

§ 14
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Schwarzenbruck, den 07.10.2024



Markus Holzammer
1. Bürgermeister

